



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremerhaven

Bremerhaven, 14. März 2017

Resolution

Der Abbau von Mitbestimmungsrechten ist mit der Sozialdemokratie in Bremen und Bremerhaven nicht zu machen!

Im Land Bremen ist die gleichberechtigte Mitbestimmung von ist seit 1947 in der Bremischen Landesverfassung verankert und sichert demokratische Strukturen in Betrieben und Verwaltungen und fördert eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten. Das Bremische Personalvertretungsgesetz (BremPersVG) regelt diese Mitbestimmung für den öffentlichen Dienst in Bremen und Bremerhaven und hat sich dabei über viele Jahren bewährt. Wenn diese Errungenschaft im Kampf für Mitbestimmung und Emanzipation nun von Bündnis90/Die Grünen infrage gestellt wird, ist dies auch angesichts der weltweiten Tendenzen zu autokratischen Strukturen und dem Abbau demokratischer Rechte völlig inakzeptabel.

Und was ist der Grund für diesen Abbau elementarer Arbeitnehmerrechte? Vorgebliche Probleme in einigen Verwaltungsbereichen der Stadt Bremen, die mit den bremischen Regeln zur Mitbestimmung überhaupt nichts zu tun haben. Weder der Ausbau im Bereich der Kindertagesstätten noch die Wartezeiten für die Beantragung von Elterngeld lassen sich durch Veränderungen des BremPersVG lösen. Dies sind Scheinargumente, mit denen der Kern der Botschaft verschleiert werden soll. Es geht schlicht und einfach um den Abbau von Arbeitnehmerrechten!

Das ist mit uns nicht zu machen! Wer die Axt an die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten legt, legt die Axt an das Fundament der rot-grünen Koalition.